

Politologische Aufklärung –
konstruktivistische Perspektiven

Helene Gerhards
Kathrin Braun *Hrsg.*

Biopolitiken – Regierungen des Lebens heute



Springer VS

Politologische Aufklärung – konstruktivistische Perspektiven

Reihe herausgegeben von

Renate Martensen, Institut für Politikwissenschaft, Universität Duisburg-Essen,
Duisburg, Deutschland

Die Entdeckung des Beobachters bezeichnet in der Gegenwart die zentrale intellektuelle Herausforderung in den modernen Wissenschaften. Der dadurch in zahlreichen Disziplinen eingeleitete „constructivistic turn“ stellt in Rechnung, dass es keinen Zugang zu einer beobachterunabhängigen Realität gibt. Erkenntnisprozesse bilden demnach die Realität nicht einfach ab, sondern sind vielmehr aktiv an ihrer Erzeugung beteiligt. In den letzten Jahrzehnten hat in den Geistes- und Sozialwissenschaften bereits in weiten Bereichen eine Ausdifferenzierung des konstruktivistischen Diskurses stattgefunden – in der Politikwissenschaft setzte diese Entwicklung jedoch erst mit Verzögerung ein. Die Publikationsreihe „Politologische Aufklärung – konstruktivistische Perspektiven“ verfolgt ein Forschungsprogramm, das sich eine konstruktivistische Reformulierung von politikwissenschaftlichen Fragestellungen und Begrifflichkeiten zum Ziel gesetzt hat. Dabei geht es in verschiedenen konstruktivistischen Varianten – wenn auch mit jeweils unterschiedlichen Akzentuierungen – stets um die Frage nach der Produktion von politischer Wirklichkeit und die Frage nach dem Status unseres Wissens.

Weitere Bände in der Reihe <http://www.springer.com/series/11333>

Helene Gerhards · Kathrin Braun
(Hrsg.)

Biopolitiken – Regierungen des Lebens heute



Hrsg.

Helene Gerhards
Institut für Politikwissenschaft
Universität Duisburg-Essen
Duisburg, Deutschland

Kathrin Braun
Zentrum für Interdisziplinäre Risiko-
und Innovationsforschung (ZIRIUS)
Universität Stuttgart
Stuttgart, Deutschland

ISSN 2566-8390

ISSN 2566-8846 (electronic)

Politologische Aufklärung – konstruktivistische Perspektiven

ISBN 978-3-658-25768-2

ISBN 978-3-658-25769-9 (eBook)

<https://doi.org/10.1007/978-3-658-25769-9>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2019

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Verantwortlich im Verlag: Jan Treibel

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Vorwort

Der vorliegende Band geht auf Diskussionen im Rahmen der Tagung „Neues aus Biopolis? Die Politik der Biomedizin. Theoretische Reflexionen und empirische Annäherungen“ zurück, die im November 2017 an der Universität Duisburg-Essen im Rahmen der DVPW-Themengruppe „Konstruktivistische Theorien der Politik“ stattfand. Ermöglicht wurde die Veranstaltung durch die finanzielle Unterstützung des Dekanats der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften sowie des Fördervereins der Universität Duisburg-Essen. Wir danken allen ReferentInnen, ModeratorInnen, Teilnehmenden, HelferInnen und Sponsoren herzlich für das Gelingen der Veranstaltung.

Zu Dank verpflichtet sind wir außerdem der Reihenherausgeberin Renate Martinsen, Ute Maack für ihre achtsame und akribische Lektoratsarbeit, der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften der Universität Duisburg-Essen für die Bereitstellung der Lektoratsmittel und Karin Teuchler, deren steter Einsatz für organisatorische Belange von großem Wert für uns war.

Allen voran sei den AutorInnen gedankt für ihre anregenden und klugen Texte, ihre Offenheit für inhaltliches und konzeptionelles Feedback und ihre Geduld mit uns HerausgeberInnen. Wir haben die intensive Zeit der Konzeption des Bandes, des Austausches mit den AutorInnen und des Nachdenkens und Schreibens über Biopolitik sehr genossen und hoffen, dass unser Buch den Diskurs zum Konzept der Biopolitik bereichern kann.

Duisburg und Stuttgart
Februar 2019

Helene Gerhards
Kathrin Braun

Inhaltsverzeichnis

Teil I Einleitung

Leben, Zeit, Regierung – Eine sozialtheoretische und konstruktivistische Neubestimmung des Konzepts Biopolitik	3
Kathrin Braun und Helene Gerhards	

Teil II Theoretische Konturen der Biopolitik

Biopolitik als Theorie der Gesellschaft	43
Florian Geisler und Alexander Struwe	
Biopolitik der Zeit	67
Jürgen Portschy	

Teil III Biopolitische Subjekte – biopolitische Subjektivierung

Die Temporalität der Biopolitik – Eine systemtheoretische Perspektive auf die Regierung ‚symptomfreier Kranker‘	97
Marlon Barbehön und Anja Folberth	
The Democratic Biopolitics of PrEP	121
Karsten Schubert	

Teil IV Neue Zugriffe auf die „Bevölkerung“

Rassistische Zukunftskalkulationen – Zur Biopolitik einer migrantischen Geburtenrate	157
Susanne Schultz	

Der biopolitische Charme der Familie – Die „nachhaltige Familienpolitik“ und die quantitative und qualitative Regulierung der Bevölkerung in Deutschland	183
Katharina Hajek	
Biopolitik der Angst – Affekttheoretische Anschlüsse an Michel Foucault	209
Amelie Bihl	
 Teil V Politische und ethische Konflikte um Bio- und Körperpolitik	
Biopolitics and deliberation – Challenging the ideal of consensus in the name of ethics	229
Alexander Bogner	
Von Ethisierungen, Entmoralisierungen und Entpolitisierungen – Zur Geschichte einer neuen Regierungstechnologie am Beispiel des französischen nationalen Ethikkomitees	249
Sabine Könninger	
Glaube in der Biopolis? – Die biopolitischen Debatten der katholischen Kirche	277
Johannes Ludwig Löffler	
Gefährdete jüdische und muslimische Körper? – Forderungen nach Regulierung der Vorhautbeschneidung in Deutschland	301
Dana Ionescu	
 Teil VI Biopolitik und Kritik: Theoriepolitische Anschlüsse	
Eine politische Wissenschaft der Biomedizin – Politische Selbstbeschreibungen in den Analysen zur Biopolitik.	331
Phillip H. Roth	
Zur Grammatik medizinischer Herrschaft – Reflexionen zur biopolitischen Medizin bei Foucault, Horkheimer und Adorno	353
Stefan Vennmann	
Nutzbare Körper und „gesteigerte Menschhaftigkeit“ – Biopolitik und Kapitalismus bei Michel Foucault und Walter Benjamin	377
Peter Wehling	

Der biopolitische Charme der Familie – Die „nachhaltige Familienpolitik“ und die quantitative und qualitative Regulierung der Bevölkerung in Deutschland

Katharina Hajek

Zusammenfassung

Im Rahmen der sogenannten „nachhaltigen Familienpolitik“ der 2000er-Jahre in Deutschland wurden mehrere Reformen umgesetzt, wie etwa das einkommensabhängige Elterngeld oder der Ausbau der Kindertagesbetreuung. Diese Maßnahmen stellen nicht nur einen Bruch mit der konservativen Wohlfahrtsstaatspolitik und dem Ernährer-Hausfrau-Modell dar, sie zogen auch einen maßgeblichen institutionellen und transferleistungsbezogenen Ausbau familienpolitischer Leistungen in Zeiten neoliberalen Abbaus von Sozialstaatlichkeit nach sich. Vorliegender Beitrag fokussiert auf die bevölkerungspolitischen Implikationen einer solchen Politik und analysiert diese im Anschluss an Michel Foucault und feministische Debatten zur sozialen Reproduktion als biopolitische Regulierung sozialer Reproduktionsverhältnisse. Anhand einer Diskursanalyse zentraler Gutachten und Studien, die der nachhaltigen Familienpolitik zugrunde liegen, werden die artikulierten Probleme, neue familiale Weiblichkeit- und Männlichkeitssbilder sowie die darin eingelagerten neuen rassistischen und klassistischen Ungleichheitsverhältnisse herausgearbeitet. Zugleich und im Rahmen des biopolitischen Fokus auf

K. Hajek (✉)

Institut für Kulturwissenschaft, Seminar Politische Wissenschaft,
Universität Koblenz-Landau, Campus Koblenz, Koblenz, Deutschland
E-Mail: hajek@uni-koblenz.de

die Humankapitalproduktion wird Familie vor allem in ihren reproduktiven Potenzialen und als Bildungsinstitution adressiert. Dies hat auch eine Neuaußhandlung der Grenzziehung zwischen öffentlich und privat zur Folge.

Schlüsselwörter

Biopolitik · Michel Foucault · Soziale Reproduktion · Geburtenrate · Humanvermögen · Bevölkerung · Deutschland · Nachhaltige Familienpolitik · Elterngeld · Kinderbetreuung

1 Einleitung

Im Rahmen der sogenannten „nachhaltigen“ und „bevölkerungsorientierten Familienpolitik“ (vgl. Rürup und Gruescu 2003; Bertram et al. 2005; IW 2004) zwischen 2002 und 2008 wurden in Deutschland mehrere weitreichende Reformen umgesetzt. Zu den zentralen Maßnahmen zählen die Einführung eines einkommensabhängigen Elterngeldes mit dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG). 2007 in Kraft getreten ersetzt es das bisher bestehende Erziehungsgeld. Die Bezugsdauer wird im Rahmen des BEEG von 24 auf 12 plus 2 Monate verkürzt, wobei je zwei Monate für einen Partner reserviert sind. Die Transferzahlungen belaufen sich auf 67 %, ab 2010 65 % des letzten Nettoeinkommens und betragen mindestens 300 EUR und höchstens 1800 EUR pro Monat. Mit der kürzeren, aber einkommensabhängigen Bezugsdauer sollen Frauen nicht nur dazu angeregt werden, vor der Geburt in Vollzeit erwerbstätig zu sein, sondern nach der Geburt auch früher wieder in die Erwerbsarbeit zurückzukehren. Zudem wurde die öffentliche Kindertagesbetreuung insbesondere für die unter Dreijährigen massiv ausgebaut. Mit dem Tagesbetreuungsausbau Gesetz (TAG) von 2004 wurde beschlossen, die Betreuungsplätze bis 2005 auf 120.000 zu verdoppeln und bis 2010 weitere 230.000 Plätze zu schaffen. Für 17 % der unter Dreijährigen sollte ein Betreuungsplatz eingerichtet werden. Davon war man insbesondere in den westdeutschen Bundesländern zum Zeitpunkt der Beschlussfassung noch lange entfernt. Das Kinderförderungsgesetz (KiföG) von 2008 schloss an diese Programmatik an und forcierte den Ausbau weiter. Es sah eine Quote von 35 % bis 2013 und einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige vor, was eine nochmalige Erhöhung des Ausbauziels um 500.000 Plätze gegenüber dem TAG bedeutete. Diese Betreuungsplätze können vor allem berufstätige Eltern und Eltern in Eingliederungsmaßnahmen im Rahmen von Hartz IV in Anspruch nehmen.

Diese Maßnahmen, deren Programmatik zunächst unter der SPD-Familienministerin Renate Schmidt entwickelt und 2005 von Ursula von der Leyen

(CDU) übernommen wurde, stellen in mehrerer Hinsicht einen Bruch mit der Sozialpolitik der Bundesrepublik Deutschland seit der Nachkriegszeit dar. *Erstens* widerspricht auf institutioneller Ebene insbesondere der Ausbau der Kindertagesbetreuung dem konservativen Wohlfahrtsregime und dem Ernährermodell, die den bundesdeutschen Sozialstaat lange geprägt haben. Reproduktive Leistungen, zu denen auch die Betreuung und Erziehung von Kindern zählt, werden nicht mehr nur der Familie zugerechnet, sondern auch in öffentliche Betreuungseinrichtungen verlagert. *Zweitens* wurden mit dem Konzept der nachhaltigen Familienpolitik seit Langem wieder explizit bevölkerungspolitische Ziele artikuliert, nachdem diese durch die eliminatorische Bevölkerungspolitik der Nationalsozialisten in Verruf geraten war. Die Ziele der intendierten Erhöhung der Geburtenrate und die Förderung der Humankapitalproduktion stellen auch insofern einen Bruch mit der deutschen Familienpolitik dar, als diese bis in die 1990er-Jahre hinein maßgeblich durch das Prinzip des Institutionenschutzes, das heißt der Förderung der heterosexuellen Kernfamilie als Lebensweise, geprägt war. *Drittens* entwickelte sich Familienpolitik von einem weichen zu einem harten Politikfeld. Konnte Gerhard Schröder das Ressort Ende der 1990er-Jahre noch als „Gedöns“¹ bezeichnen, zeigte sich dessen Bedeutungszuwachs nicht nur in seiner gestiegenen Präsenz in der öffentlichen Debatte, sondern auch in der kontinuierlichen Erhöhung des Familienetats seit 2002. Der institutionelle wie auch transferleistungsbezogene Ausbau familienpolitischer Leistungen scheint dabei im Widerspruch zum neoliberalen Abbau von Wohlfahrtsstaatlichkeit zu stehen. Nicht nur die oben genannten Zahlen an Kleinkindbetreuungsplätzen lesen sich beeindruckend. Auch die Ausgaben für das Elterngeld haben sich von 1,7 Mrd. EUR im Jahr seiner Einführung auf 5,8 Mrd. EUR im Jahr 2015 mehr als verdreifacht (BMFSFJ 2016, S. 8). Alleine seit Verabschiedung des KiföG wurden vom Bund insgesamt fast sechs Mrd. Euro für den Ausbau und fast eine Mrd. Euro jährlich für den Betrieb der Kindertagesbetreuungseinrichtungen ausgegeben – die Ausgaben der eigentlich zuständigen Kommunen nicht mitgerechnet (BMFSFJ 2018).

Jene skizzierten Brüche werden im Folgenden als Teil einer Demografisierung der bundesdeutschen Familienpolitik (vgl. Schultz 2015; Barlösius 2007) in den Blick genommen. Ich beschäftige mich mit der Programmatik der nachhaltigen Familienpolitik und analysiere diese im Anschluss an Michel Foucault und an

¹Der Ursprung dieses Zitates ist unklar: Schröder äußerte diesen Satz entweder bei einer SPD-Fraktionssitzung im Bundestag (vgl. Schubert 2014) oder im Rahmen des Wahlkampfes 1998 (vgl. Kulick 2002).

feministische Debatten als biopolitische Regulierung sozialer Reproduktionsverhältnisse. Dabei argumentiere ich, dass der Familie in der biopolitischen Regulierung von Bevölkerung und ihrer Reproduktionsweise eine zentrale Rolle zukommt. ‚Familie‘ wird in diesen Politiken zum demografischen Instrument und zum Einsatzpunkt für Biopolitiken, die nicht nur quantitativ auf mehr Geburten, sondern auch in qualitativer Hinsicht auf eine spezifische Sozialisation von Kindern und eine spezifische familial-private Lebensweise abzielen.

Eine solche Konzeptualisierung setzt ein konstruktivistisches Verständnis von Familie voraus. Als Einsatzpunkt biopolitischer Machttechnologien kann diese keine ahistorische und anthropologische Universalie darstellen. Vielmehr muss danach gefragt werden, wie bestimmte politische (wie auch medizinische, pädagogische, religiöse oder soziologische) Wissensbestände erst ein bestimmtes Bild von Familie zeichnen. Welche spezifische Lebensform wird mit ‚Familie‘ artikuliert? Wer ist Teil einer Familie und welche Formen der Rollen- und Arbeitsteilung werden ihr damit zugewiesen? Welche gesellschaftlichen und reproduktiven Verantwortungen, Aufgaben und Funktionen werden der Familie eingeschrieben?

Um diesen Fragen nachzugehen, werde ich zunächst auf den Begriff der Biopolitik in Foucaults Gouvernementalitätsvorlesungen eingehen und anschließend kurz den analytischen Begriff der sozialen Reproduktionsverhältnisse in der feministischen Debatte skizzieren. Ich plädiere im Anschluss daran für eine produktive Zusammenführung der Begriffe der Biopolitik und der sozialen Reproduktion. Mit diesem konzeptionellen Verständnis wende ich mich schließlich der nachhaltigen Familienpolitik zu, deren biopolitische Programmatik ich im Rahmen einer Diskursanalyse herausarbeite. Im Fazit möchte ich die mit dieser Familienpolitik verbundene Bedeutungsveränderung von Familie darlegen. Zudem möchte ich zwei Punkte zur Diskussion stellen, die sich meiner Meinung nach als Konsequenz aus der Analyse der nachhaltigen Familienpolitik für die Analyse gegenwärtiger Biopolitiken ziehen lassen: die produktive Erweiterung des Biopolitik-Konzeptes durch feministische Ansätze einerseits und die notwendige kritische Beschäftigung mit aktuellen Demografisierungstendenzen andererseits – dies nicht zuletzt angesichts der jüngst verstärkten Präsenz rechter Bevölkerungspolitiken in Deutschland.

2 Biopolitik, Bevölkerung und Milieu bei Foucault

Foucault entwickelte seinen Begriff der Biopolitik in unterschiedlichen Kontexten. In seiner Vorlesungsreihe *In Verteidigung der Gesellschaft* (Foucault 1999) und in der Studie *Sexualität und Wahrheit I* (Foucault 1977) führt er die Begriffe

Biomacht und Biopolitik über die *systematische* Abgrenzung von der juridischen Form der Macht ein. Biomacht wird hier als produktive „Macht zum Leben“ dem älteren „Recht über den Tod“ (Foucault 1977, S. 129) gegenübergestellt. In seinen Gouvernementalitätsvorlesungen (Foucault 2004) verfolgt Foucault hingegen einen *historischen*² Zugang, in dessen Rahmen er die Genealogie der Biopolitik untersucht, die zusammen mit der Biomacht und im Kontext der Herausbildung des modernen Staates entsteht.

Insbesondere der historische Kontext ist meiner Auffassung nach für eine politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit und Analyse von Biopolitik von Interesse. Gerade der Fokus auf die Herausbildung des modernen Staates in den Gouvernementalitätsvorlesungen lässt Foucault in Bezug auf den Gegenstand, den Einsatzpunkt und die Modi dieser Politik konkreter werden. Den Staat analysiert er dabei nicht über spezifische Institutionen, wie die Armee oder die Justiz, oder über bestimmte Funktionen, wie etwa das Gewaltmonopol. Vielmehr interessiert er sich für die „Taktiken des Regierens“ (Foucault 2004, S. 164), die den Staat begründen. Mit der begrifflichen Neuschöpfung der *Gouvernementalität* fragt er nach den jeweils historisch konkreten politischen Rationalitäten, den politischen Technologien und Mechanismen, durch welche der moderne Staat die Bevölkerung regiert (vgl. Foucault 2004, S. 162 f.; Ludwig 2011, S. 104). Politische Rationalitäten stellen stets spezifische Repräsentationen dar: Sie „bezeichne[n] eine Form der ‚Problematisierung‘, das heißt sie definier[en] einen politisch-epistemologischen Raum, innerhalb dessen historische Probleme auftauchen [können]“ (Lemke 2000, S. 32). Andererseits geben diese Rationalitäten immer auch adäquate Formen der Intervention vor. Sie legen bestimmte Lösungen nahe und zeigen spezifische Formen der politischen Bearbeitung an.

Biopolitik wird von Foucault als Form von Macht und als ein Set politischer Technologien und Regierungspraktiken im Rahmen jener politischen Rationalität untersucht, wie sie ab dem 18. Jahrhundert in den westlichen Staaten zusammen mit der modernen Bedeutung von Bevölkerung aufkommt. Die Gouvernementalitätsvorlesungen können dabei als eine Genealogie der Bevölkerung gelesen werden, wie sie über die historisch-epistemologische Linie von Volk – Untertan – Bevölkerung sichtbar wird.

Die Staatsräson als prägende politische Rationalität ab Ende des 16. Jahrhunderts war noch ganz vom souveränen Zugriff auf die Rechtssubjekte geprägt.

²Zur heuristischen Unterscheidung der *systematischen* und *historischen* Dimension der Entwicklung des Machtbegriffes bei Foucault (vgl. Saar 2007, S. 205 f.).

Das „Volk“ (Foucault 2004, S. 389) wurde in der politischen Reflexion vor allem als Subjekt drohender Aufstände und Revolten verstanden, denen der Souverän vorbeugen muss (vgl. Foucault 2004, S. 389 ff.). Demgegenüber kommen im Kontext der absolutistischen Monarchien und des Merkantilismus im 17. Jahrhundert die Untertanen als produktive in den Fokus. Der Staat ist nun auf die Produktivität der Menschen, ihre Einbindung in den und Fixierung im entstehenden kapitalistischen Produktionsprozess angewiesen. Die Untertanen stellen hier zwar bereits ein politisches Interventionsfeld dar, bleiben jedoch bloße Empfänger von Befehlen und Objekt von disziplinärer Zurichtung. Sie erscheinen noch „als die Menge [...] denen man von oben auf völlig voluntaristische Weise eine gewisse Anzahl von Gesetzen und Verordnungen akkurat auferlegen konnte, die ihnen sagten, was zu tun war und wo und wie es zu tun war“ (Foucault 2004, S. 107). Oder anders formuliert: Die Entität, auf die der Zugriff erfolgt, wird im Rahmen des Merkantilismus noch als synthetisch aufgefasst.

Das ändert sich grundsätzlich mit dem 18. Jahrhundert und dem Aufkommen der Physiokratie und des frühen Liberalismus. Bevölkerung erscheint hier als neues epistemologisches Objekt, als eine „absolut neue politische Figur“ (Foucault 2004, S. 103) und eine „Gesamtheit von Vorgängen [...], die man in ihrer Natürlichkeit und ausgehend von ihrer Natürlichkeit verwalten muss“ (Foucault 2004, S. 108; vgl. Foucault 2005, S. 235). Im Kontext der Entstehung moderner Naturwissenschaften zeichnet sich Bevölkerung nun durch Naturalität, Eigen gesetzlichkeit sowie durch Prozesse der Selbstregulation und Selbstreproduktion aus. Als solche ‚sträubt‘ sie sich gegen den autoritären Zugriff des Souveräns, sie ist nicht mehr passiv und bloßes Objekt staatlicher Formen der Machtausübung.

Dieser moderne Begriff von Bevölkerung ist nicht mit der Summe der Individuen gleichzusetzen, Bevölkerung stellt vielmehr eine „neue Wirklichkeit“ (Foucault 2004, S. 505; vgl. ebd. S. 70) „mit ihren eigenen Phänomenen und Vorgängen“ (Foucault 2004, S. 102) dar, wie z. B. Geburten- und Sterblichkeitsraten, Alterskurven oder Migrationsbewegungen. Diese Figuren können nicht auf die Summe der Individuen reduziert werden, sondern bezeichnen eine eigene Ebene der politischen Repräsentation, Reflexion und Intervention.

Biopolitik stellt nun denjenigen Modus der Macht dar, über den die Bevölkerung in ihrer Naturalität zugänglich wird und reguliert werden kann. Gerade diese Naturalität und Selbstreproduktion der Bevölkerung setzt autoritären Formen des politischen Zugriffs zwar Grenzen, eröffnet zugleich jedoch auch spezifische Möglichkeiten der Regulation. Drei Punkte sind hier wichtig: Zum *Ersten* muss der Staat über die Bevölkerung, ihre Dynamiken und Eigenschaften Bescheid wissen, wenn er in diese intervenieren will. Wissen und Wissensproduktion werden somit zur Grundlage politischer Machtausübung.

Dabei geht es nicht mehr nur – wie noch zuvor – um eine ‚Bestandsaufnahme‘ im Rahmen statistischer Methoden. Es braucht vielmehr ein Prozesswissen um die Naturalität der Bevölkerung. Eben dieses Wissen wird nicht mehr vom Staat selbst generiert, sondern es tritt dem Staat in Form der neu aufkommenden Wissenschaften, wie der Sozialmedizin, der öffentlichen Hygiene oder Demografie, gegenüber (vgl. Foucault 2004, S. 505). Das bedeutet auch, dass Bevölkerung niemals ‚an sich‘ zu fassen ist, sondern nur im Rahmen dieser spezifischen (wissenschaftlichen) Wissensbestände zugänglich wird.

Zum *Zweiten* ist die direkte politische Intervention in die Bevölkerung infolge deren Naturalität unmöglich. Es kommt zu einer Verschiebung des Regierungshandelns: Biopolitik agiert über Sicherheitsdispositive. Nicht mehr die Zurichtung, Disziplinierung und Kontrolle der Individuen nach einer vorgegebenen Norm stehen hier im Zentrum. Sicherheitsdispositive gehen vielmehr von empirisch vorfindbaren Häufigkeiten, Verteilungen, Konjunkturen aus und unterscheiden auf deren Basis das Normale und das Abweichende, identifizieren verschiedene Normalverteilungen und bearbeiten diese in ihrer Abweichung voneinander, wie Foucault etwa am Beispiel der Impfungen und Mortalitätsraten in verschiedenen Regionen aufzeigt (Foucault 2004, S. 95). Sicherheitsdispositive zielen auf die Schaffung eines Umfeldes, das bestimmte Entwicklungen begünstigt, anderen möglichst entgegenarbeitet.

Hier führt Foucault den Begriff des Milieus ein:

Die Sicherheitsdispositive bearbeiten, erzeugen, organisieren, gestalten ein Milieu. Das Milieu wird folglich das sein, worin die Zirkulation zustande kommt. Das Milieu ist ein Ensemble von natürlichen Gegebenheiten, Flüssen, Sümpfen, Hügeln und ein Ensemble von künstlichen Gegebenheiten, Ansammlung von Individuen, Ansammlung von Häusern usw. Das Milieu ist eine bestimmte Anzahl von Wirkungen, Massenwirkungen, die auf all jene gerichtet sind, die darin ansässig sind (Foucault 2004, S. 40 f.).

Biopolitik wirkt somit über den ‚Umweg‘ des Milieus auf die Bevölkerung ein. Biopolitische Regulierung nimmt Einfluss auf die Interferenzen, die eine Bevölkerung in ihrer physischen und moralischen Existenz mit einer geografischen, klimatischen, physikalischen – später auch: sozialen und politischen – Umgebung aufweist (vgl. Foucault 2004, S. 41 ff.).

Drittens schließlich adressiert Biopolitik Bevölkerung nie als homogene, sondern immer als fragmentierte und hierarchisierte Struktur. Weniger in den Gouvernementalitätsvorlesungen als in den früheren Vorlesungen am Collège de France, erschienen unter dem Titel *In Verteidigung der Gesellschaft*, untersucht Foucault den Aspekt des Rassismus als inhärenten Aspekt moderner Biopolitik.

Es geht darum, wie Thomas Lemke betont, „Einschnitte innerhalb des Sozialen vorzunehmen, die die Aufspaltung einer als prinzipiell homogen vorgestellten biologischen Ganzheit (z. B. einer Bevölkerung oder der menschlichen Spezies insgesamt) erlauben“ (Lemke 2007, S. 57). Biopolitik fragmentiert Bevölkerung somit nach qualitativen Kriterien, setzt diese Fragmente in ein hierarchisches Verhältnis und adressiert diese unterschiedlich.

Foucault entwickelt den Begriff der Biopolitik in den Gouvernementalitätsvorlesungen als Modus der Machtausübung und politischen Rationalität, deren Korrelat die Bevölkerung ist. Biopolitik konstituiert Bevölkerung also erst über Wissensbestände, die wiederum nur spezifische Formen der biopolitischen Intervention ermöglichen. Dementsprechend müssen *erstens* die konkreten Wissensbestände in den Blick genommen werden, in deren Kontext ein spezifisches Verständnis von Bevölkerung, mit ihr verbundene Probleme aber auch Formen der Intervention artikuliert werden. *Zweitens* stellt die Biopolitik einen Modus der Machtausübung dar, der über das Milieu der Bevölkerung agiert. Biopolitik interveniert in die *Bedingungen* ihrer physischen und kulturellen Reproduktion. *Drittens* artikulieren biopolitische Wissensbestände Differenzen, entlang derer das Kontinuum der Bevölkerung fragmentiert und unterschiedlich adressiert wird. Foucault bezieht sich hierbei vor allem auf den Rassismus. Diese Fragmentierungen vollziehen sich, so meine Argumentation, auch entlang von sozialen Klassen bzw. sind oft nicht getrennt von sozioökonomischen Differenzen zu fassen. Im Folgenden und mit Blick auf meine empirische Analyse möchte ich die produktiven Anknüpfungspunkte einer solchen Konzeption an einen feministischen Begriff der sozialen Reproduktionsverhältnisse vorstellen.

3 Soziale Reproduktionsverhältnisse

In den letzten Jahren ist eine rege Auseinandersetzung und breite Rezeption des foucaultschen Konzeptes der Biopolitik im Rahmen feministischer und geschlechterkritischer Arbeiten zu verzeichnen. Im Zentrum stehen hierbei die Analyse neuer Reproduktions- und Biotechnologien (Kalender 2011; Waldby und Cooper 2008; Braun und Schultz 2012; Lettow 2012), Bevölkerungspolitik, Eugenik und Geburtenkontrolle (Schultz 2006; Wilson 2012; Mills 2016) sowie medizinisch-rechtliche, lebenswissenschaftliche und demografische Wissensformen und damit einhergehende Formen der vergeschlechtlichten Subjektivierung und Selbstdarstellungen (vgl. die Beiträge in Sänger und Rödel 2012; Lorey 2007; Murphy 2012).

Eine sowohl die Konzepte der Biopolitik als auch die *sozialen Reproduktionsverhältnisse* einschließende Diskussion, die über Fragen der Generativität und physischen Reproduktion einerseits und vergeschlechtlichter Subjektkonstitution andererseits hinausgeht, ist bislang jedoch weitgehend ausgeblieben.³ Das überrascht insofern, als beide Begriffe nicht nur den Fokus auf die – im weitesten Sinne – politische Regulierung des ‚Lebens‘ legen. Darüber hinaus teilen sie dieselbe Problematik, nämlich die Frage nach der politischen Intervention in Bevölkerung sowie nach deren Regulierung und Reproduktion. Gerade über ihre unterschiedlichen Perspektiven auf diese Problematik ergänzen sich diese Konzepte produktiv: Der analytische Blick für die biopolitischen Rationalitäten und die Formen der Machtausübung kann, wie ich im Folgenden zeigen werde, durch die feministischen Debatten um die Dimensionen der konkreten sozialen Verhältnisse und Subjektivitäten, die damit verbunden sind, angereichert werden. Ich argumentiere somit, dass es sich gerade aus einer feministischen Perspektive lohnt, Biopolitik mit einem Interesse für soziale Reproduktionsverhältnisse in den Blick zu nehmen.

Der Begriff der sozialen Reproduktion umfasst ein breites Spektrum an Tätigkeiten und Verantwortungen. Diese reichen von der physischen Reproduktion, der Generativität und den Bedingungen von Mutter- und Elternschaft, über die alltägliche wie intergenerationale Reproduktion der Arbeitskraft bis hin zu den alltäglichen Arbeiten an Bedürfnissen der Pflege und Sorge. Hinzu kommen schließlich die Institutionen und die sozialen Verhältnisse, in die sie eingebettet sind, sowie die politische Regulierung und Reproduktion der Bedingungen, unter denen diese Tätigkeiten geleistet werden (vgl. Bakker und Gill 2003, S. 18 und S. 32). Im Gegensatz zu Ansätzen, die mit dem Care-Begriff vor allem die konkreten Tätigkeiten in den Blick nehmen (vgl. etwa Madörin 1995), liegt mit dem Begriff der sozialen Reproduktion der Fokus vielmehr auf den sozialen Verhältnissen, in denen reproduktive Tätigkeiten organisiert und Verantwortungen gesellschaftlich zugeteilt werden.⁴ Dies impliziert mehrere Dimensionen: Zunächst kommt mit diesem Begriff in den Blick, dass die Familie, der Wohlfahrtsstaat, der Markt der reproduktiven Dienstleistungen und zivilgesellschaftliche Organisationen *Institutionen* darstellen, in denen reproduktive Leistungen erbracht werden. Damit geht auch immer eine Unterscheidung einher, welche reproduktive Leistungen als

³Für wenige, sehr produktive Ausnahmen, jedoch mit anderen analytischen Schwerpunkten (vgl. Brodie 2008, 1997; Schultz 2012, 2013, 2015; Deutscher 2012; Laufenberg 2014).

⁴Zu den unterschiedlichen Entstehungskontexten und Schwerpunkten der Begriffe „soziale Reproduktion“ und „Care“ (vgl. Heck 2011).

öffentliche und allgemeine und welche als private, ‚natürliche‘ Zuständigkeiten gefasst werden. Mit Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft ist Familie *der Ort*, an dem diesen vermeintlich natürlichen, privaten Zuständigkeiten angesiedelt sind. Reproduktionsverhältnisse artikulieren darüber hinaus vergeschlechtlichte Subjektivitäten, historisch spezifische Weiblichkeit- und Männlichkeitvorstellungen, denen jene reproduktiven Verantwortungen zugeteilt werden. Der Begriff verweist schließlich darauf, dass sich die Verhältnisse stetig verändern: Sie sind Gegenstand politischer Regulierung, Einsatzpunkt unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen und somit umkämpft.

4 Biopolitik als Regulierung sozialer Reproduktionsverhältnisse und die Familie als Milieu

Ich möchte die Zusammenführung der beiden Konzepte nun damit begründen, dass mit der Praxis der Biopolitik soziale Reproduktionsverhältnisse organisiert werden. Wie oben erwähnt legt Foucault dar, dass Bevölkerung mit dem Aufkommen von biopolitischer Regulierung im 18. Jahrhundert über ihre Natürlichkeit, d. h. als selbstregulierend und selbstreproduzierend verstanden und verwaltet werden muss. Feministische Historikerinnen wie Karin Hausen (1976), Gisela Bock und Barbara Duden (1977) und Barbara Laslett und Johanna Brenner (1989) zeigen, dass zeitgleich maßgebliche Aspekte der Reproduktion der Bevölkerung im Rahmen der Kleinfamilie privatisiert werden. Die alltägliche und intergenerationale, die physische und affektive Reproduktion der Menschen verlagert sich dabei in den neu entstandenen familialen Privatraum. Hier stechen also die Parallelen zwischen der „Naturalität der Gesellschaft“ (Foucault 2004, S. 501) und der „spontane[n] Regulierung der Bevölkerung“ (Foucault 2004, S. 496) einerseits und der Privatisierung der Reproduktion mit dem Aufkommen der modernen Form der Familie andererseits ins Auge. Familie, so möchte ich argumentieren, kann hier als Teil dieser Naturalität verstanden werden.

Die Natürlichkeit und Selbstreproduktion, über die Bevölkerung im Rahmen von Biopolitik gefasst wird, ist somit nicht nur eine statistische. Sie bildet sich, worauf Foucault verweist, nicht nur in Mortalitäts- oder Infektionsraten ab, sondern in einer spezifischen Reproduktionsweise. Die feministische Reflexion zeigt auf, dass die Natürlichkeit der Bevölkerung *zugleich* die Natürlichkeit der privaten Familie ist, wie sie sich in ihrer alltäglichen, intimen und vergeschlechtlichten Verrichtung reproduktiver Tätigkeiten und Verantwortungen zeigt. ‚Privat‘ darf dabei nicht als ‚autonom‘ missverstanden werden. Das Aufkommen der

‘Privatsphäre‘ der Familie verweist einerseits darauf, dass die Lebensweise, die Tätigkeit und die Beziehungen der Menschen untereinander nicht mehr Gegenstand kleinteiliger Überwachung sind (vgl. Farge und Foucault 1989). In der bürgerlichen Gesellschaft bleiben sie dem direkten Zugriff des Staates entzogen. Andererseits ist diese Privatheit der Familie kein Substrat, sondern *Korrelat* biopolitischer Regulierung. Sie ist keine natürliche, ahistorische oder universelle Grundlage von Gesellschaft und somit auch nichts, was dem Staat entgegentritt. Vielmehr kommt in den Blick, wie biopolitische Wissensbestände erst ein spezifisches Verständnis von Familie hervorbringen und wie Familie darin zum Einzelpunkt von Regulierungsweisen wird.

Zugleich können mit dem feministischen Begriff der sozialen Reproduktionsverhältnisse zwei analytische Dimensionen ergänzt werden, die Foucault nur andeutet, aber nicht systematisch reflektiert.⁵ Erstens ist die Grenze zwischen öffentlich und privat, zwischen Staat und Familie vergeschlechtlicht: Sie markiert die Grenze zwischen dem, was öffentlich, Gegenstand der politischen Auseinandersetzung und kollektiver Verantwortung ist, und dem, was privat, d. h. eher als natürliche und vor allem ‚weibliche‘ Zuständigkeit gefasst wird (vgl. Sauer 2001, S. 6). Zweitens artikulieren Biopolitiken damit immer auch vergeschlechtlichte Subjektivitäten, denen jeweils unterschiedliche reproduktive Verantwortungen zugeteilt werden. Die Familie ist zugleich der ‚Ort‘, an dem diese Subjektivitäten in ein spezifisches Verhältnis zueinander gesetzt werden. Biopolitische Regulierungen implizieren bestimmte Bilder davon, was eine ‚gute Mutter‘ oder ein ‚verantwortungsvoller Vater‘ ist und in welchem (reproduktiven) Verhältnis diese zueinander stehen.

Ich argumentiere somit für ein Verständnis von Familienpolitik als Biopolitik, die soziale Reproduktionsverhältnisse reguliert. Biopolitik kann im Anschluss an Foucault über die Dimensionen ihrer Wissensbestände analysiert werden, die ein Verständnis von Bevölkerung als (fragmentiertem) Interventionsfeld umfassen. Ihren Modus der Intervention in die Bevölkerung findet die Biopolitik über das

⁵Den Gegensatz von öffentlich und privat erwähnt Foucault in Bezug auf das ökonomische Interessensubjekt im Rahmen der politischen Ökonomie, nicht jedoch in Bezug auf die familiale Privatsphäre (vgl. Foucault 2004, S. 164). Auf vergeschlechtlicht-familiale Subjektivitäten, wie etwa die Figur der Mutter im entstehenden Bürgertum, geht er in den Vorlesungen und Texten der 1970er-Jahre zwar immer wieder ein (vgl. Foucault 2003a, S. 328, 2003b, 1977, S. 103 ff.). Eine systematische Rolle kommt Geschlecht, vergeschlechtlichter Arbeitsteilung und Verantwortungszuschreibung in seiner Analyse der Biopolitik jedoch nicht zu.

Milieu. Mit dem Konzept der sozialen Reproduktionsverhältnisse kann zudem danach gefragt werden, wie im Rahmen biopolitischer Rationalitäten eine spezifische Reproduktion von Bevölkerung organisiert wird. So gerät in den Blick, wie reproduktive Verantwortungen benannt und verteilt werden und wie sich diese Verantwortungszuschreibungen im Verhältnis zwischen Familie, sozialstaatlichen Institutionen und marktförmigem Angebot institutionalisieren. Zugleich wird sichtbar, welche Grenzziehungen zwischen öffentlich und privat sich in diesem Prozess darstellen und welche spezifischen vergeschlechtlichten Subjektivitäten darin artikuliert sind. Damit wird die biopolitische Regulierung konkretisiert und kann anhand spezifischer Verantwortungszuschreibungen und Subjektivitäten in Hinblick auf Generativität, Betreuung und Pflege analysiert werden. Im Gegenzug kommen die politischen Rationalitäten in den Blick, an die jene Tätigkeiten und die Verhältnisse, in denen sie erbracht werden, zurückgebunden sind. Diese Rationalitäten geben darüber Auskunft, auf welche Problemlagen hin, mit welchem Ziel und auf welche spezifische Art und Weise in die Reproduktion der Bevölkerung interveniert wird.

Wie Foucault selbst hervorhebt, ist Familie im Kontext biopolitischer Regulierung

ein einfach deshalb privilegiertes Segment, weil man, sobald man bei der Bevölkerung hinsichtlich des Sexualverhaltens, hinsichtlich der Demographie, der Kinderzahl, hinsichtlich der Konsumtion etwas erreichen will, sich an die Familie wenden muss. [...] Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts erscheint die Familie im Verhältnis zur Bevölkerung tatsächlich in dieser Instrumentalität: bei den Kampagnen gegen die Sterblichkeit, bei den Kampagnen, die die Eheschließung, die Vakzinationen, die Impfungen usw. betreffen (Foucault 2004, S. 157 f.).

Foucault führt diesen Gedanken nicht weiter aus. Mit Blick auf die nachhaltige Familienpolitik schlage ich vor, Familie hier als *Milieu* zu begreifen, über das Bevölkerung reguliert wird (vgl. Deleuze 1980). Familie stellt somit das Umfeld der Generativität, der Aufzucht der Kinder oder der Reproduktion der Arbeitskraft, kurz: das Umfeld der Bevölkerung und ihrer Reproduktion dar. Zugleich ist sie das Milieu, über das in diese Formen der Reproduktion eingewirkt werden kann und somit das Interventionsfeld der Biopolitik.

5 Die nachhaltige Familienpolitik

Im Folgenden frage ich nach dem biopolitischen Einsatz der nachhaltigen Familienpolitik und der Bedeutung, der Familie darin zukommt. Dazu wende ich mich der Programmatik der nachhaltigen Familienpolitik zu, speziell dem

Agenda-Setting im Rahmen der Umsetzung der Gesetze zum Ausbau der Kindertagesbetreuung und zur Einführung des Elterngeldes. Mein empirisches Material setzt sich aus zentralen Gutachten, Studien und Expertisen zusammen, die der nachhaltigen Familienpolitik zwischen 2002 und 2008 zugrunde liegen und ihre programmatische Basis darstellen. Mittels einer Diskursanalyse und auf Basis der konzeptionellen Ausführungen des vorigen Kapitels widme ich mich dabei den folgenden Fragen: Welche Probleme und welcher politische Handlungsbedarf werden durch die Gutachten artikuliert und wie wird somit die nachhaltige Familienpolitik legitimiert? (Abschn. 5.1) Auf welche Art und Weise wird Familie selbst zum Wissensojekt? (Abschn. 5.2) Welche vergeschlechtlichten Subjektivitäten werden als Teil von Familie konstruiert? (Abschn. 5.3) Welche biopolitischen Differenzen werden im Kontext der nachhaltigen Familienpolitik formuliert und wie wird Bevölkerung bzw. wie werden Familien entlang dieser Differenzen unterschiedlich adressiert? (Abschn. 5.4)

5.1 Die Problemdefinitionen

Die Studien und Gutachten identifizieren vor allem zwei Probleme in Bezug auf Familie. *Erstens* wird unter Verwendung eines drastischen Vokabulars – des „Schocks“ (Wissenschaftlicher Beirat 2002, S. 10) und der „Katastrophe“ (ebd.) – das schlechte Abschneiden deutscher Schüler_innen im internationalen Vergleich der ersten PISA-Studie von 2001 problematisiert. Während die Studie selbst die soziale Herkunft als Faktor für die schulischen Leistungen der Schüler_innen hervorhebt, treten in den familienpolitischen Gutachten die „familiären Lebensverhältnisse“ (ebd.) und das „Humanvermögen (der Eltern)“ (Wissenschaftlicher Beirat 2002, S. 12) als ausschlaggebend in den Vordergrund. Auch arbeitgebernahe Veröffentlichungen problematisieren den niedrigen „Humankapitalbestand“ (IW 2006, S. 11) in Deutschland, der weniger auf das Bildungssystem als auf die Eltern zurückgeführt wird: Die geringe Humanvermögensproduktion bei Kindern, das heißt die ungenügende Weitergabe des Humanvermögens der Eltern, wird hier mit dem Problem verknüpft, dass es gegenwärtig „dem Staat [...] nicht [gelingt], die Familien bei der Wahrnehmung ihrer Sozialisationsfunktion ausreichend zu unterstützen“ (IW 2006, S. 8).

Die *zweite* Problemdefinition bezieht sich auf die niedrige Geburtenziffer von 1,29 Kindern pro Frau, die klar unter dem „bestandserhaltenden Niveau“ (Rürup und Gruescu 2003, S. 10) von 2,1 liegt. Diese wird im Material in mehreren Hinsichten problematisiert. Eine zunächst quantitativ rückläufige Entwicklung der Bevölkerungszahl schlägt hier als „schrumpfende“ (IW 2004, S. 8) und „alternde“

(vgl. ebd.) Bevölkerung, die die Sozialsysteme belastet, ins Qualitative um. Somit steige auch der „Belastungsquotient“ (ebd.). *Zweitens* wird die demografische Entwicklung mit ungünstigen Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum in Verbindung gebracht. Das alternde und zugleich rückläufige Arbeitskräftepotenzial stelle, so das Institut der deutschen Wirtschaft, eine „Wachstumsfalle“ (IW 2004, S. 5) dar. „Familienpolitik ist“, dies lässt sich mit Blick auf den Argumentationsgang der Studien festhalten, demnach auch in diesem Sinne „Wachstumspolitik“ (IW 2004, S. 10). Malte Ristau, Abteilungsleiter im Familienministerium, spricht in diesem Zusammenhang auch vom „ökonomischen Charme der Familie“ (Ristau 2005). Schließlich werden Bevölkerung und Gesellschaft gleichgesetzt. Eine rückläufige Bevölkerung wird hier zur „implodierenden Gesellschaft“ (Rürup und Gruescu 2003, S. 18). Die Familie wird sowohl in quantitativer Hinsicht (Geburtenziffer) als auch in qualitativer Hinsicht (Humanvermögensproduktion) zum Einsatzpunkt einer biopolitisch agierenden Familienpolitik.

5.2 Das biopolitische Wissen um Familie

Wie oben ausgeführt, ist biopolitische Regulierung mit dem ‚Problem‘ konfrontiert, dass sie es mit ‚natürlichen‘ und ‚privaten‘ Materien zu tun hat, in die sie nicht einfach autoritär eingreifen kann. Weder mehr Geburten noch bestimmte Eltern-Kind-Beziehungen lassen sich verordnen. Dies wird in den Gutachten und Studien zur nachhaltigen Familienpolitik auch explizit reflektiert und liegt somit zunächst quer zum Anspruch, die Geburtenrate zu erhöhen: „Die Legitimation für solche politischen Maßnahmen [der nachhaltigen Familienpolitik; KH] liegt aus unserer Sicht nicht darin, Geburtenraten in die eine oder andere Richtung zu beeinflussen.“ (Bertram et al. 2005, S. 47 f.) Vielmehr gehe es darum, für „zukünftige Generationen einen Gestaltungsspielraum für ihre eigene persönliche Zukunft“ (Bertram et al. 2005, S. 48) zu schaffen. Dieser solle es ihnen ermöglichen, ihre „Kinderwünsche“ (Bertram et al. 2005, S. 39) zu realisieren und ihre Kinder dann auf eine „hoch komplexe [...] Welt mit einer Vielzahl neuer Anforderungen in Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Familie“ vorzubereiten (Bertram et al. 2005, S. 48). Familie erscheint hier als Milieu, über das in die quantitative und qualitative Reproduktion von Bevölkerung biopolitisch interveniert werden kann.

„Nachhaltig“ ist diese Politik laut Eigendefinition deshalb, da sie die Bedingungen für die Realisierung von Lebensplänen und Kinderwünschen von Männern und Frauen in Deutschland schaffen soll (vgl. Ristau 2005). Der Begriff,

der aus dem umweltpolitischen Diskurs entlehnt ist, beschreibt ein Prinzip der Ressourcennutzung, bei dem die Regenerationsfähigkeit des Systems, aus dem die Ressourcen entnommen werden, erhalten bleibt. Der Bezug auf diesen Begriff kann als Kunstgriff gelten. Ermöglicht er doch nicht nur, verklausuliert von Kindern als Ressource zu sprechen, sondern erlaubt zudem das Prozessieren des Widerspruchs zwischen staatlich-biopolitischen Zielsetzungen einerseits und dem privaten, intimen und scheinbar autonomen Rahmen, in dem diese erreicht werden sollen, andererseits. Ansatzpunkt der Gutachten zur nachhaltigen Familienpolitik ist dabei der fundamentale Wandel familialer Lebensweisen im Übergang von der „Industriegesellschaft in eine Wissensgesellschaft“ (Bertram et al. 2005, S. 45):

Die Realitäten haben sich in den letzten Jahrzehnten von der vorherrschenden Familienstruktur mit dem männlichen Ernährer und der Hausfrau mit Kindern zu neuen Familienformen verschoben. Die Zeiten, in denen der männliche Ernährer einen guten und vor allem sicheren Job hatte und damit der Frau ein Leben als Hausfrau und Mutter ermöglicht hat, sind heute vorbei (Rürup und Gruescu 2003, S. 62 f.).

Auch subjektiv entspreche das „Haupternährer-/Familienmutter-Modell [...] nur den Wünschen von 15 % der Frauen und neun Prozent der Frauen mit Hochschulreife“ (Ehlert 2008, S. 33). Das arbeitsmarkt- und tarifpolitisch, sozialversicherungsrechtlich und nicht zuletzt familien- und sozialpolitisch institutionalisierte Ernährer-Hausfrau-Modell werde im Kontext dieser empirischen Entwicklungen ‚dysfunktional‘: Es werde den tatsächlich vorhandenen Präferenzen in Bezug auf die familiale Lebensweise und der damit verbundenen Arbeitsteilung nicht gerecht und arbeite diesen sogar entgegen. Diese Inkompatibilitäten zwischen institutionalisiertem Ernährermodell und den eruierten ‚tatsächlichen‘ Präferenzen in der Lebensgestaltung werden als zentral sowohl für die niedrige Geburtenrate als auch für die niedrige Humankapitalproduktion gesehen. Die nachhaltige Familienpolitik möchte hier ansetzen, um jenen „Gestaltungsspielraum“ zu schaffen, Familie wird als Möglichkeitsbedingung gefasst, diese – maßgeblich reproduktiven – Zukünfte sicherzustellen:

Statt steuernd in die individuelle Lebensgestaltung von Menschen einzugreifen, ermöglicht zukunftsgerichtete Familienpolitik unterschiedliche Formen familiären Zusammenlebens und gegenseitiger Verantwortungsübernahme sowie unterschiedliche, im Zeitverlauf auch wechselnde Rollenverteilungen in einer Partnerschaft. Dazu bedarf es unterschiedlicher familienpolitischer Maßnahmen, aus denen Familien selbst die für sie passenden auswählen und in Anspruch nehmen können (BMFSFJ 2013, S. 7).

Der „„ermöglichende‘ Staat“ (BMFSFJ 2006, S. XXIX) muss so ein Milieu schaffen, in dem sich die reproduktiven „„Wünsche“ (Ehlert 2008, S. 33; vgl. auch Rürup und Gruescu 2003, S. 13) entfalten können. Zugleich fokussiert die nachhaltige Familienpolitik damit explizit auf reproduktive Paarkonstellationen.

5.3 Die vergeschlechtlichten Subjektivitäten der nachhaltigen Familienpolitik

Im Folgenden wende ich mich der Frage zu, welche Subjektivitäten im Rahmen der nachhaltigen Familienpolitik ausdifferenziert werden und wie diese als Einzelpunkt biopolitischer Regulierung konzipiert sind. Den überwiegenden Raum nimmt dabei die Untersuchung der Konstruktion weiblicher Subjektivität in diesen familienpolitischen Strategien ein – sowohl in Bezug auf die ‚Ermöglichung des Kinderwunsches‘ als auch hinsichtlich der Sozialisation und Weitergabe des Humankapitals an das Kind.

Hier sind vor allem die soziologisch geprägten Gutachten aufschlussreich, die sich auf ein modernisierungstheoretisches Paradigma berufen. Parallel zu der erwähnten Wandlung des gelebten Familienmodells vollzieht sich, so zeigen sie, eine Veränderung der weiblich-familialen Subjektivität: Die „Hausfrauen- und Mutterrolle“, die Frauen in der „Industriegesellschaft der 50er und 60er Jahre“ noch an den familialen Raum als „Ort gesellschaftlicher Solidarität“ (Bertram et al. 2005, S. 8) gebunden hat, verliert für die weibliche Subjektivierung an Bedeutung. Stattdessen orientieren sich Frauen (wie auch Mütter) jetzt zunehmend neben der Familiengründung an der Erwerbstätigkeit, sie wollen nun „beides“ (Ehlert 2008, S. 33). Es findet, so die Autor_innen, weniger die Ablösung eines biografischen Modells durch ein anderes statt als vielmehr eine Ausdifferenzierung weiblicher Subjektivitäten in familienorientierte, erwerbsorientierte und adaptive Modelle, wobei Letzteres die ersten beiden verbinden will. Das adaptive Modell wird nicht nur von der zahlenmäßig größten Gruppe bevorzugt, sondern es weist auch den höchsten Wert an ‚unrealisierten Kinderwünschen‘⁶ auf. Dies wird wiederum zurückgeführt auf die Diskrepanz zwischen der weiterhin bestehenden Institutionalisierung des Hausfrauenmodells (durch die Zuweisung der Kindererziehung in den Raum des Privaten infolge des fehlenden Angebots an öffentlicher Kinderbetreuung, durch die monetäre und rechtliche Unterstützung relativ

⁶Zur Komplexität der Berechnung dieser Größe (vgl. Schultz 2013, S. 551 f.).

langer Elternzeit und fehlende betriebliche Vereinbarungspolitiken) einerseits und der Ausdifferenzierung tatsächlicher Präferenzen in der Lebensgestaltung sowie der verstärkten Erwerbsorientierung andererseits. Eben diese Präferenzen geraten mit der institutionalisierten Familienpolitik in Konflikt, die den „Zukunftsvorstellungen junger Erwachsener“ (Bertram et al. 2005, S. 9) nicht mehr gerecht wird. Das zentrale Anliegen der nachhaltigen Familienpolitik ist jedoch weniger, die Wahlfreiheit in Bezug auf familiale Lebensmodelle zu ermöglichen, sondern die Realisierung der erhobenen Kinderwünsche in jeder dieser Gruppen mit dem Ziel, die Geburtenrate zu steigern.

Darüber hinaus wird der Bildungsstand der Mutter in den Gutachten als signifikant für die Weitergabe des Humanvermögens an die Kinder hervorgehoben. Dies legt ein Verständnis nahe, wonach Bildung den Kindern genealogisch, d. h. über Abstammungsverhältnisse und Verwandtschaftsbeziehungen, und vor allem über die Mutter ‚vererbt‘ wird. Die Annahme, wonach sich „ein hoher Bildungsstand der Mutter auf die Kompetenz der Kinder positiv auswirkt und damit die Studierfähigkeit junger Menschen befördert“ (IW 2004, S. 18), geht außerdem davon aus, dass es vorrangig die Mutter ist, die den engsten Kontakt zum Kind hat und mit ihm die meiste Zeit verbringt. Darin zeigt sich auch, was im Rahmen der familienpolitischen Reformen im Untersuchungszeitraum nicht (bzw. nur am Rande) zum Problem wird: die Ungleichverteilung reproduktiver Arbeiten im Haushalt. Diese wird nicht nur statistisch erhoben und als gegeben hingenommen und affiniert, sondern auch noch, Aufmerksamkeit für die Mutter einfordernd, als Einsatzpunkt für familienpolitische Interventionen instrumentalisiert. Gleichstellungspolitische Motive, die etwa auf flexiblere Arbeitszeiten, Entgeltgleichheit oder eine stärkere Beteiligung von Männern im Haushalt abzielen, spielen in dem Untersuchungszeitraum und in der Problemformulierung dementsprechend eine nur untergeordnete Rolle (vgl. auch Kahlert 2011).

Männliche bzw. väterliche Subjektivität wird als reproduktive Subjektivität hingegen nicht adressiert und reflektiert. In Bezug auf das ‚Fertilitätsverhalten‘ werden diese ebenso wenig in den Blick genommen als hinsichtlich der familialen Weitergabe von Humanvermögen. Einzig am Rande und als „stille Reserve“ (Rürup und Gruescu 2003, S. 63) für die Betreuung werden diese angesprochen – ohne jedoch einen Konnex zur familialen Arbeitsteilung herzustellen.

5.4 Biopolitische Differenzen

Die nachhaltige Familienpolitik zeichnet sich zunächst dadurch aus, dass vom Elterngeld als Lohnersatzleistung vor allem gutverdienende Personen profitieren.

Auch der Ausbau der Kinderbetreuung kommt Erwerbslosen oder in Teilzeit Arbeitenden nicht oder nicht in dem Maße zugute wie den Besserverdienenden (vgl. Nowak 2009; Ganz 2009; Schultz 2012). Über die offensichtlichen, mit dieser Politik verbundenen Ungleichheitseffekte hinaus geht es mir im Folgenden jedoch grundlegender darum, in welcher Weise Familien in den biopolitischen Wissensbeständen der nachhaltigen Familienpolitik voneinander differenziert werden. Welche unterschiedlichen Merkmale werden Familien zugeschrieben und wie wird solch eine unterschiedliche Adressierung gerechtfertigt?

Insbesondere rassistische und klassistische Formen der Differenzierung stechen hier hervor. Der Ausgangspunkt ist jeweils die Diagnose, dass „[d]as Humanvermögen bzw. insbesondere das kulturelle und soziale Kapital [...] in den Familien ungleich verteilt“ ist (Wissenschaftlicher Beirat 2002, S. 32). Einerseits wird ein Migrationshintergrund bei Familien als problematisch hervorgehoben. Dieser, so der Tenor, wirke sich vor allem hinsichtlich des Spracherwerbs ungünstig auf den Schulerfolg aus. Darüber hinaus stehen nicht näher definierte kulturelle Traditionen, Werte und Bräuche (vgl. Wissenschaftlicher Beirat 2002, S. 22) der Integration der Kinder in das Schulwesen entgegen. Im deutschen Kontext wird damit implizit auf Arbeitsmigration aus der Türkei sowie aus Süd- und Osteuropa verwiesen.

Andererseits werden in Bezug auf klassenspezifische Differenzierungen zunächst die fehlenden „materiellen Ressourcen (Vermögen und Einkommen)“ (Wissenschaftlicher Beirat 2002, S. 30) in ihrer Relevanz für den schulischen Erfolg der Kinder hervorgehoben. Sie erschweren es den Eltern, ihren Kindern Nachhilfe zu bezahlen oder ein außerschulisches Freizeitprogramm zu finanzieren. Während hier implizit noch Umverteilungsmaßnahmen im Rahmen familienpolitischer Reformen nahegelegt werden, so fällt auf, dass Studien der arbeitgebernahen Akteure, wie dem IW und dem BDI, der Höhe des Einkommens und der ungleichen Ressourcenverteilung ein Effekt auf den Schulerfolg der Kinder absprechen. In einer Studie des IW wird sozioökonomische Unterprivilegierung wiederum über schichtspezifische normative Orientierungsmuster der Eltern gefasst, die sich auch in subjektiven Entscheidungen bzw. Fehlentscheidungen in Bezug auf ihre Kinder äußern. Sehen Eltern von der Anschaffung eines Lexikons oder Computers für ihre Kinder als ‚profitable Investitionen‘ ab, so wirke sich das negativ aus (vgl. IW 2008, S. 57). Die Sorge um den Bildungserfolg der Kinder wird hier in den Verantwortungsbereich der Familien und Eltern verschoben und individualisiert. Im Kontext behaviouristischer Modelle erscheinen diese Eltern nicht als armutsgefährdet, sondern als ‚nicht-rational‘. Interessant ist, dass sowohl rassistische, d. h. hier auf bestimmte Migrationsgenealogien bezogene, als auch klassenbasierte Differenzierungen zwischen

Familien im untersuchten Material vor allem das fehlende Humanvermögen der jeweiligen Eltern und in Konsequenz die ungenügende Weitergabe von Humanvermögen an die Kinder problematisieren.

Wie werden die Familien nun unterschiedlich adressiert? Gerade gut ausgebildete und besserverdienende Mütter und Paare verfügen nach dieser Argumentation über das Humankapital, das an die Kinder weitergegeben werden soll. Somit sind vor allem sie es, die sich reproduzieren sollen. Ein Ziel, das durch das höhere, weil einkommensabhängige Elterngeld und den Ausbau der Betreuungsstruktur zu Vereinbarkeitszwecken gefördert werden soll. In Bezug auf die sozioökonomisch und rassistisch markierten Familien wird demgegenüber von „gefährdete[n] Kindern“ (BMFSFJ 2006, S. XXVI) gesprochen. Familie ist hier nicht Ressource, sondern stellt im Gegenteil ein Hindernis für die Entwicklung des kindlichen Humanvermögens dar. Diese Familien „gefährden“ ihre Kinder und lassen sie zur „Risikogruppe“ werden (Wissenschaftlicher Beirat 2002, S. 34). Auch hier kommt dem quantitativen wie qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung große Bedeutung zu – wenn auch unter umgekehrten Vorzeichen.

In diesem Zusammenhang erhebt der Beirat eine vielleicht paradox erscheinende Forderung: Materielle Benachteiligung von Familien, aber auch das „Verwahrlosungsrisiko“ für Kinder können nach Auffassung des Beirats am effektivsten bekämpft werden, wenn Eltern davon entlastet werden, allein für die Betreuung ihrer Kinder zuständig zu sein. Das heißt, es muss bedarfsgerecht eine qualitativ hochwertige Betreuung der Kinder in vor- und außerschulischen Einrichtungen sowie in Ganztagschulen angeboten werden (Wissenschaftlicher Beirat 2002, S. 37; vgl. IW 2004, S. 19; IW 2008, S. 5 und S. 57).

Der öffentlichen Kindertagesbetreuung wird also die Funktion zugewiesen, die Humankapitalproduktion der Familie dort zu übernehmen, wo die Eltern nicht dazu in der Lage sind. Während gut ausgebildete Paare also „zu Kindern gebracht“ werden sollen, sucht man unterprivilegierte Familien von ihren Kindern „fernzuhalten“.

6 Fazit: Bedeutungsveränderung von Familie im Rahmen der nachhaltigen Familienpolitik

Im Rahmen der nachhaltigen Familienpolitik wird Familie zum „demografischen Instrument“ und zum Einsatzpunkt für Biopolitiken, die nicht nur quantitativ auf mehr Geburten, sondern auch in qualitativer Hinsicht auf eine spezifische familiale Lebensweise und Sozialisation von Kindern – auf die Förderung von

Humankapital – abzielen. Familie stellt im Kontext dieser Biopolitik somit das Milieu dar, über das in die Bevölkerung gemäß quantitativer und qualitativer Ziele politisch interveniert werden kann. Gerade die aus der Ökologie entlehnte Metapher der Nachhaltigkeit verweist darauf, dass sich hier die Familie zu den Kindern wie der Wald zu den Bäumen verhält: Nicht die zu entnehmenden Ressourcen selbst (die Kinder), sondern die Familie wird zum Wissensobjekt und zum Feld biopolitischer Interventionen. Damit verändert auch die Familie ihre Bedeutung: Zunächst verliert das Ernährer-Hausfrau-Modell, das lange Zeit den Referenzpunkt des konservativen Wohlfahrtsregimes in Deutschland darstellte, nicht nur seinen Status. Es wird zudem im Rahmen der nachhaltigen Familienpolitik als anachronistisch verworfen, da es der Ausdifferenzierung familialer Lebensweisen und vor allem der weiblichen Biografien nicht entspreche, der Realisierung von Kinderwünschen entgegenstehe und somit ein ‚Fertilitätshindernis‘ darstelle.

In der Programmatik der nachhaltigen Familienpolitik diversifiziert sich Familie als Wissensobjekt, demgegenüber verliert die Form, in der Familie gelebt wird, an Bedeutung. Anders als im arbeitsteiligen Arrangement des Ernährer-Hausfrau-Modells wird im Kontext der gewünschten familialen Humankapitalproduktion die Erwerbstätigkeit der Eltern als nicht ausschlaggebend hervorgehoben. Die Erwerbstätigkeit bei Müttern wird im Gegenteil insofern begrüßt, als diese damit ihr eigenes Humankapital entwickeln und an ihre Kinder weitergeben können.

Diese Flexibilisierungen verbleiben jedoch in einem Rahmen, der Familie als heterosexuelle und vor allem reproduktive Konstellation nicht infrage stellt. Die nachhaltige Familienpolitik verstärkt somit sogar den Fokus auf generative Aspekte von Familie.⁷ Die Familie wird zudem zum Ort der ‚familialen Humanvermögensproduktion‘ und damit zur Bildungsinstitution. Bildungspolitische Ziele werden insofern als familienpolitische und – zugespitzt – genealogische Ziele reformuliert. Die Familie erscheint zugleich als Problem (in Bezug auf die Bedingungen der Humanvermögensproduktion oder die niedrige Geburtenrate bei gut Ausgebildeten) und als Teil der Lösung: Sie wird zum Einsatzpunkt familienpolitischer Regulierungen, um diesen Problemen begegnen zu können.

Damit sind Neuzuschreibungen in Bezug auf reproduktive Verantwortungen verbunden. Die Kinderbetreuung und die sich daran knüpfenden Aufgaben

⁷Das zeigt sich unter anderem daran, dass die Pflege älterer Menschen in der Programmatik der nachhaltigen Familienpolitik überhaupt keine Erwähnung findet.

und Fähigkeiten sind nicht mehr vorrangig im privaten Bereich der elterlichen Erziehung verortet, wie dies noch bis in die 1990er-Jahre im Rahmen der deutschen Familienpolitik propagiert wurde. Die Erziehung der Kinder wird vielmehr in öffentliche und professionalisierte Einrichtungen verlagert. Die Grenze zwischen öffentlich und privat wird damit neu gezogen: Kindererziehung *als Bildung* und im Interesse der biopolitischen Humanvermögensproduktion hört damit auf, bloße Verantwortung einer ‚guten Mutter‘ zu sein. Sie wird vielmehr zum Gegenstand öffentlicher und biopolitisch-ökonomischer Interessen, damit politisiert und in gewisser Weise aufgewertet (wenn auch nicht als weibliche Reproduktionsarbeit). In diesen Kontext gehören auch die eingangs erwähnten massiven Investitionen in den Ausbau der Kindertagesbetreuung, mit denen die Humanvermögensproduktion sichergestellt werden soll. Es ist somit nicht nur der ökonomische Charme (vgl. Ristau 2005), sondern vielmehr der biopolitische Charme, der Familie im Rahmen der nachhaltigen Familienpolitik auszeichnet.

Auch in Bezug auf weiblich-familiale Subjektivität zeigen sich Veränderungen insofern, als hier die Erwerbstätigkeit im Kontrast zu früheren Wohlfahrtsregimen explizit gefördert wird. Die damit verbundene tendenzielle Liberalisierung der Geschlechterverhältnisse geht jedoch mit einer Verschärfung klassenbasierter und rassistischer Ungleichheiten einher. In einer Programmatik, die auf die familiale Humanvermögensproduktion ausgerichtet ist, werden rassistisch und klassistisch markierte Familien klar als defizitär konstruiert. Sie profitieren nicht nur in unterschiedlicher Weise vom Elterngeld und vom Ausbau der Kinderbetreuung. Als ‚gefährdende Familien‘, die die Humanvermögensproduktion sowohl im Hinblick auf ihre Kinder als auch im Hinblick auf die gesamte Bevölkerung beeinträchtigen, werden sie im Rahmen der nachhaltigen Familienpolitik auch nicht in gleicher Weise als reproduktive Kontexte angerufen.

Zwei Punkte können damit über den spezifischen empirischen Kontext der Familienpolitik in Deutschland hinaus in die Diskussion um Biopolitik eingebracht werden. *Erstens* erscheinen mit der Zusammenführung der Begriffe der Biopolitik und der sozialen Reproduktion Geschlechternormen, vergeschlechtlichte Formen der Arbeitsteilung und die gesellschaftliche Organisation reproduktiver Verantwortung als zentrale Dimensionen biopolitischer Regulierungsweisen. Damit kann auch eine Engführung von Biopolitik auf Fragen der Natalität, Morbidität und Mortalität vermieden werden. Neben den quantitativen Dimensionen der Geburtenrate und der Bevölkerungsgröße kommen im Anschluss an rezente feministische Debatten auch wichtige qualitative Dimensionen von Biopolitik in den Blick, wie etwa die Regulierung der Humanvermögensbildung.

Zweitens zeigt der Fokus auf die qualitativen Aspekte der nachhaltigen Familienpolitik, dass vermeintlich ‚ältere‘ Formen der Biopolitik, die über

„Einschnitte innerhalb des Sozialen“ (Lemke 2007, S. 57) agieren und explizit auf bestimmte Bevölkerungsgruppen abzielen, keineswegs überkommen sind. Deshalb plädiere ich dafür, auch jenen Formen der – durchaus als ‚staatlich‘ zu bezeichnenden – Biopolitik, die verschiedene Bevölkerungsgruppen in ein qualitatives Verhältnis zueinander setzen, mehr Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Bisher diskutiert die gegenwärtige Debatte das Konzept der Biopolitik oftmals vor allem im Zusammenhang mit der Selbstführung der Subjekte und der Regulierung der Freiheit des Individuums. Doch gewinnen nicht nur Formen der rassistischen und klassistischen Differenzierung in einer sozialinvestiven, da zukunftsorientierten Programmatik der Förderung der Humankapitalproduktion an Bedeutung. Die Rede von der ‚alternden und schrumpfenden Bevölkerung‘ und der damit zusammenhängenden ‚Quantität und Qualität des Human-kapitals‘ in Deutschland stellt darüber hinaus einen diskursiven Kontext bereit, an den auch Thilo Sarrazin Ende der 2000er-Jahre – freilich mit einer anderen politischen Stoßrichtung – anknüpfen konnte. Heute artikulieren schließlich rechtspopulistische Parteien klare biopolitische und auf Bevölkerung bezogene Projekte und feiern damit (Wahl-)Erfolge. Im Kontext einer vermeintlichen „Selbstabschaffung“ (AfD 2017, S. 37) und einer „Bedrohung Europas“ (AfD 2017, S. 30) werden national-konservative Familien- und Migrationspolitiken formuliert. Diese können nicht nur als Antwort auf die neoliberalen ‚nachhaltige Familienpolitik‘ gelesen werden, sondern sie propagieren auch ein Bevölkerungsbild, das entlang rassistischer und heteronormativer Differenzen stark hierarchisiert ist.

Literatur

- AfD (Alternative für Deutschland). 2017. Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017. AfD. www.afd.de/wahlprogramm/. Zugegriffen: 19. März 2018.
- Bakker, Isabella, und Stephen Gill. 2003. Ontology, method and hypotheses. In *Power, production and social reproduction*, Hrsg. Isabella Bakker und Stephen Gill, 17–41. New York: Palgrave MacMillan.
- Barlösius, Eva. 2007. Die Demographisierung des Gesellschaftlichen. Zur Bedeutung der Repräsentationspraxis. In *Demographisierung des Gesellschaftlichen. Analysen und Debatten zur demographischen Zukunft Deutschlands*, Hrsg. Eva Barlösius und Daniela Schiek, 9–36. Wiesbaden: VS Verlag.
- Bertram, Hans, Wiebke Rösler und Nancy Ehlert. 2005. *Nachhaltige Familienpolitik. Zukunftssicherung durch einen Dreiklang von Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik und Infrastrukturpolitik*, Hrsg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin.

- Bock, Gisela, und Barbara Duden. 1977. Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit. Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus. In *Frauen und Wissenschaft: Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen. Juli 1976*, Hrsg. Gruppe Berliner Dozentinnen, 118–199. Berlin: Courage.
- Braun, Kathrin, und Susanne Schultz. 2012. Oöcytes for research: Inspecting the commercialisation continuum. *New Genetics and Society* 31: 135–157.
- Brodie, Janine. 1997. Meso-discourses, state forms and the gendering of liberal-democratic citizenship. *Citizenship Studies* 1: 223–242.
- Brodie, Janine. 2008. The Social in social citizenship. In *Recasting the social in citizenship*, Hrsg. Engin F. Isin, 20–43. Toronto: University of Toronto Press.
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend). 2006. *Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Siebter Familienbericht*, Hrsg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin.
- BMFSFJ. 2013. *Politischer Bericht zur Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen*, Hrsg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin.
- BMFSFJ. 2016. *Bilanz 10 Jahre Elterngeld*, Hrsg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin.
- BMFSFJ. 2018. Kinderförderungsgesetz (KiföG). BMFSFJ. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/kinderfoerderungsgesetz-kifoeg-86390?>. Zugegriffen: 30. Juni 2018.
- Deleuze, Gilles. 1980. Der Aufstieg des Sozialen [Nachwort]. In *Die Ordnung der Familie*, Jacques Donzelot, 244–252. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Deutscher, Penelope. 2012. Foucault's history of sexuality, volume I. re-reading it's reproduction. *Theory, Culture & Society* 29: 119–137.
- Ehlert, Nancy. 2008. *Dossier Elterngeld als Teil nachhaltiger Familienpolitik*. Hrsg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin.
- Farge, Arlette, und Michel Foucault, Hrsg. 1989. *Familiäre Konflikte. Die „Lettres de cachet“. Aus den Archiven der Bastille*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel. 1977. *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel. 1999. *In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France 1975–1976*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel. 2003a. *Die Anormalen. Vorlesungen am Collège de France 1974–1975*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel. 2003b. Die Gesundheitspolitik im 18. Jahrhundert. In *Michel Foucault. Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits. Bd. III: 1976–1979*, Hrsg. Daniel Defert und François Ewald unter Mitarbeit von Jacques Lagrange, 19–37. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel. 2004. *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Vorlesung am Collège de France 1977–1978, Geschichte der Gouvernementalität I*, Hrsg. Michel Sennelart. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel. 2005. Die Maschen der Macht. In *Michel Foucault. Schriften in vier Bänden Dits et Ecrits. Bd. IV: 1980–1988*, Hrsg. Daniel Defert und François Ewald unter Mitarbeit von Jacques Lagrange, 224–244. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

- Ganz, Kathrin. 2009. Familienpolitik: Welche Formen von Elternschaft sind erwünscht? Feministisches Institut Hamburg. <http://www.feministisches-institut.de/familienpolitik/>. Zugegriffen: 19. März 2018.
- Hausen, Karin. 1976. Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere“. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben. In *Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas. Neue Forschungen*, Hrsg. Werner Conze, 363–393. Stuttgart: Klett.
- Heck, Stephanie. 2011. Von ‚Reproduktion‘ zu ‚Care‘ – zentrale Verschiebung in der feministischen Ökonomie-Debatte? *Das Argument* 292: 408–412.
- IW (Institut der deutschen Wirtschaft Köln). 2004. *Bevölkerungsorientierte Familienpolitik – ein Wachstumsfaktor*. Hrsg. Bundesverband der Deutschen Industrie e. V., Institut der deutschen Wirtschaft Köln und Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend. Berlin.
- IW. 2006. *Wachstumseffekte einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik*. Hrsg. Bundesverband der Deutschen Industrie e. V., Institut der deutschen Wirtschaft Köln und Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend. Berlin.
- IW. 2008. *Sozialbilanz Familie. Eine ökonomische Analyse mit Schlussfolgerungen für die Familienpolitik. Expertise für das Kompetenzzentrum für familienbezogene Leistungen im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*. Hrsg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin.
- Kahlert, Heike. 2011. Kinder oder Inder? Pronat(ion)alismus in der Einwanderungsgesellschaft. In *Weltbevölkerung: Zu viele, zu wenige, schlecht verteilt?*, Hrsg. Karl Husa, Cristof Parnreiter, und Helmut Wohlschlägl, 246–261. Wien: Promedia.
- Kalender, Ute. 2011. *Körper von Wert. Eine kritische Analyse der bioethischen Diskurse für die Stammzellenforschung*. Bielefeld: transcript.
- Kulick, Holger. 2002. Frauenpolitik – Erfolgsbilanz mit Schönheitsfehlern. Spiegel Online. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/serie-schroeders-wahlversprechen-6-frauenpolitik-erfolgsbilanz-mit-schoenheitsfehlern-a-179268.html>. Zugegriffen: 29. Juli 2018.
- Laslett, Barbara, und Johanna Brenner. 1989. Gender and social reproduction: Historical perspectives. *Annual Review of Sociology* 15: 381–404.
- Laufenberg, Mike. 2014. *Sexualität und Biomacht. Vom Sicherheitsdispositiv zur Politik der Sorge*. Bielefeld: transcript.
- Lemke, Thomas. 2000. Neoliberalismus, Staat und Selbsttechnologien. Ein kritischer Überblick über die governmentality studies. *Politische Vierteljahrsschrift* 41 (1): 31–47.
- Lemke, Thomas. 2007. *Biopolitik zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- Lettow, Susanne, Hrsg. 2012. *Bioökonomie. Die Lebenswissenschaften und die Bewirtschaftung der Körper*. Bielefeld: transcript.
- Lorey, Isabell. 2007. Vom immanenten Widerspruch zur hegemonialen Funktion. Bio-politische Gouvernementalität und Selbst-Prekarisierung von KulturproduzentInnen. In *Kritik der Kreativität*, Hrsg. Gerald Raunig und Ulf Wuggenig, 121–136. Wien: Turia+Kant.
- Ludwig, Gundula. 2011. *Geschlecht regieren. Zum Verhältnis von Staat, Subjekt und heteronormativer Hegemonie*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Madörin, Mascha. 1995. Neoliberalismus und die Reorganisation der Care-Ökonomie. Eine Forschungsskizze. In *Zur politischen Ökonomie der Schweiz*, Hrsg. Denknetz, 141–162. Zürich: edition 8.

- Mills, Catherine. 2016. Biopolitics and Human Reproduction. In *The routledge research companion to biopolitics*, Hrsg. Sergei Prozorov und Simona Rentea, 281–294. London: Routledge.
- Murphy, Michelle. 2012. *Seizing the means of reproduction: Entanglements of feminism, health, and technoscience*. Durham: Duke University Press.
- Nowak, Jörg. 2009. *Geschlechterpolitik und Klassenherrschaft. Eine Integration marxistischer und feministischer Staatstheorien*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Ristau, Malte. 2005. Der ökonomische Charme der Familie. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 23–24. Bundeszentrale für politische Bildung. <http://www.bpb.de/apuz/29003/der-oeffonomische-charme-der-familie?p=all>. Zugegriffen: 19. März 2018.
- Rürup, Bert, und Sandra Gruescu. 2003. *Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*, Hrsg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin.
- Saar, Martin. 2007. *Genealogie als Kritik. Geschichte und Theorie des Subjekts nach Nietzsche und Foucault*. New York: Campus.
- Sänger, Eva, und Malaika Rödel, Hrsg. 2012. *Biopolitik und Geschlecht. Zur Regulierung des Lebendigen*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Sauer, Birgit. 2001. Öffentlichkeit und Privatheit revisited. Grenzziehungen im Neoliberalismus und die Konsequenzen für die Geschlechterpolitik. *Kurswechsel* 2001 (4): 5–11.
- Schubert, Manuel. 2014. Was wirklich zählt – Gedöns. *taz*. <https://blogs.taz.de/taz-lab/2014/12/16/das-gedoens/>. Zugegriffen: 29. Juli 2018.
- Schultz, Susanne. 2006. *Hegemonie – Gouvernementalität – Biomacht. Reproduktive Risiken und die Transformation internationaler Bevölkerungspolitik*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Schultz, Susanne. 2012. Biopolitik und Demographie. Eine staatskritische intersektionale Analyse aktueller deutscher Familienpolitik. In *Biopolitik und Geschlechterverhältnisse*, Hrsg. Eva Sänger und Malaika Rödel, 108–128. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Schultz, Susanne. 2013. Familienpolitik und die „demografische Chance“. Zur postkatastrophistischen Phase einer neuen deutschen Bevölkerungspolitik. *PROKLA* 173:539–561.
- Schultz, Susanne. 2015. Reproducing the nation: The new German population policy and the concept of demographization. *Distinktion: Scandinavian Journal of Social Theory*. <https://doi.org/10.1080/1600910x.2015.1080744>.
- Waldby, Catherine, und Melinda Cooper. 2008. The Biopolitics of Reproduction. *Australian Feminist Studies* 23: 57–73.
- Wilson, Kalpana. 2012. *Race, racism and development: Interrogating history, discourse and practice*. London: Zed Books.
- Wissenschaftlicher Beirat (Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen). 2002. Die bildungspolitische Bedeutung der Familie – Folgerungen aus der PISA-Studie. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren Frauen und Jugend, Bd. 224. Stuttgart: W. Kohlhammer.